



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 47 - Plenarwoche 12. - 16. Juni 2006

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Neue Website für die Europäische Krankenversicherungskarte

Die genau vor zwei Jahren, am 1. Juni 2004, herausgebrachte Karte macht es leichter, sich während eines vorläufigen Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat medizinisch behandeln zu lassen. Die Behandlung wird gemäß den Bestimmungen des besuchten Mitgliedstaats durchgeführt, und die Kosten werden von der deutschen Krankenversicherung gemäß den in diesem Mitgliedstaat gültigen Tarifen erstattet.

http://ec.europa.eu/employment_social/healthcard/index_de.htm

2. 54 Millionen zusätzliche Mittel für Deutschland für das Jahr 2006

Deutschland erhält 54 Millionen Euro zusätzliche EU-Mittel für die ländliche Entwicklung. Damit stehen für 2006 insgesamt 1,611 Mio. € EU-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung. Deutschland profitiert davon, dass andere Mitgliedsstaaten die ihnen zur Verfügung stehenden EU-Mittel nicht ausschöpfen konnten. Meist liegt das an fehlenden Kofinanzierungsmitteln, die einzelne Mitgliedsstaaten nicht aufbringen können. Dank der gezielten Umsetzung der Fördermöglichkeiten durch die Bundesländer wurde für Deutschland ein sehr hoher Mittelbedarf für die ländliche Entwicklung anerkannt. Für die nächste Finanzperiode 2007 - 2013 soll erreicht werden, dass nicht verbrauchte Haushaltsmittel auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u. a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. EP für besseren Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung

"Das Grundwasser ist eine wertvolle natürliche Ressource, die als solche vor Verschlechterung und chemischer Verschmutzung geschützt werden muss", so das EP in dem angenommenen Bericht zur "Richtlinie zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung". Ziel ist es, die Grundwasserverschmutzung zu verhindern und zu begrenzen. Die Abgeordneten sind unzufrieden mit dem Text des Ministerrates und haben zahlreiche Änderungen vorgenommen. Kernforderung der europäischen Wasserpolitik sei die Vorsorge und das Minimierungsgebot. Vorsorge sei gerade beim Grundwasser besonders wichtig, weil dessen Reinigung – wenn überhaupt möglich – sehr kosten- und zeitaufwändig sei.

Mit der Richtlinie soll die Überwachung der Qualität des Grundwassers harmonisiert werden, um Vorbeugung gegen und Kontrolle von Grundwasserverschmutzung zu verbessern. Die Mitgliedstaaten würden verpflichtet, Schwellenwerte für Schadstoffe festzulegen, den chemischen Zustand des Wassers zu bewerten und zu beobachten, damit sie sofort etwas tun können, sobald sich ein Trend zur Verschlechterung abzeichnet. Die Vorgaben zur Trendumkehr sind allerdings umstritten. Denn sie würden bedeuten, dass schon dann Maßnahmen zum Grundwasserschutz ergriffen werden müssten, wenn das Trinkwasser z. B. zwar noch mit weniger als den zulässigen 50

mg/l Nitrat belastet ist, aber ein Trend zu steigender Belastung erkennbar wird. Die CDU/CSU im EP forderte einen klaren Ausgangspunkt für die Trendumkehr sowie gleiche Messvorschriften in allen Ländern. Ein Problem ist auch, dass der Wasserschutz derzeit durch mehrere EU-Gesetze geregelt ist. Während sich einige Staaten - wie Deutschland - beim Schutz des Grundwassers an der EU-Wasserrahmenrichtlinie orientieren, nehmen andere - wie Großbritannien - die EU-Nitratrichtlinie zum Maßstab für die Beurteilung der Gewässerbelastung.

2. EP für Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1.1.2007 - "falls sie bereit sind"

In einer Entschließung fordert das Europäische Parlament den Rat auf, den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU am 1. 1. 2007 nur dann zu bestätigen, "falls die Länder bereit sind". In einer "begrenzten Zahl von Bereichen" seien die Fortschritte noch nicht zufrieden stellend. Bulgarien und Rumänien müssten "sofortige Maßnahmen" ergreifen, um diese Versäumnisse zu beheben, damit sie der EU am 1. 1. 2007 beitreten können.

Das EP begrüßte die Anstrengungen und Fortschritte Bulgariens und Rumäniens, die politischen und wirtschaftlichen Kriterien der EU zu erfüllen sowie den gemeinschaftlichen Besitzstand zu übernehmen und umzusetzen. Beide Länder müssten die eingeleitete Justizreform durch "Erhöhung der Transparenz, der Effizienz und der Unparteilichkeit der Justiz" weiter konsolidieren sowie weitere überzeugende Ergebnisse im Kampf gegen die Korruption und, ganz besonders im Falle Bulgariens, im Kampf gegen das organisierte Verbrechen vorweisen. Auch der Menschenhandel müsste besser bekämpft werden.

3. Abstimmung über 7. Forschungsrahmenprogramm

Die EU wird einen größeren Teil ihres Haushalts für Forschung und Entwicklung ausgeben. Dies hat das EP in dem Bericht zum Siebten Forschungsrahmenprogramm beschlossen. Obwohl es sich ursprünglich für noch mehr Geld ausgesprochen hatte, unterstützte das EP das Budget von 50,8 Mrd. Euro (2007-2013). Dies ist eine beträchtliche Steigerung im Vergleich zum derzeit laufenden Sechsten Forschungsrahmenprogramm (2002-2006), das ein Budget von 16, 2 Mrd. € hat.

Hinsichtlich der ethischen Fragen wird in Zukunft gelten, was bereits im 6. Forschungsrahmenprogramm galt. Forschung unter Verwendung menschlicher Stammzellen, sowohl adulter wie embryonaler, soll durch EU Mittel gefördert werden können, nach Maßgabe sowohl des Inhalts des wissenschaftlichen Vorschlags als auch der rechtlichen Rahmenbedingungen des betreffenden Mitgliedstaats. Einrichtungen, Organisationen und Forscher, die zur Forschung an embryonalen Stammzelllinien berechtigt sind, unterliegen strengen Genehmigungs- und Überwachungsvorschriften. Ich selbst habe für einen Änderungsantrag gestimmt, der die finanzielle Förderung der Forschung auf embryonale Stammzelllinien ausschließen sollte sowie gegen die Finanzierung solcher Forschungstätigkeiten, die Embryonen und embryonale Stammzellen zu Forschungszwecken erzeugen und nutzen. Beide Änderungsanträge wurden leider von der Mehrheit des Plenums knapp abgelehnt.

III. Weitere Themen waren

- Bessere Koordinierung zur Verringerung des Hochwasserrisikos
- Forderung der Schließung von Guantánamo
- Bereitschafts- und Reaktionspläne im Falle einer Pandemie bei der Vogelgrippe
- Strenge Regeln für Waffen und "Sky Marshals" an Bord von Flugzeugen
- Ja zur Einführung des Euro durch Slowenien am 1. Januar 2007

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

und

Internet: www.europa-mayer.de